

Klimakiller Kapitalismus

Hitzewelle, Wasserknappheit, Dürre, Waldbrände. Was für uns einen anstrengenden heißen Sommer bedeutet, stellt für andere Menschen schon jetzt eine Überlebensfrage dar. Der Klimawandel wird immer direkter spürbar und zeigt seine Konsequenzen. Maßnahmen dagegen sind dringendst erforderlich. Die kapitalistischen Regierungen sind dazu offensichtlich nicht fähig.

Seit Jahrzehnten ist für die Wissenschaft klar, dass der heute bemerkbare Klimawandel ein von Menschen verursachtes Phänomen ist. Durch den Einsatz von fossilen Brennstoffen wird immer mehr Kohlendioxid ausgestoßen, das durch die Vernichtung der natürlichen Ökosysteme nicht mehr abgebaut werden kann.

Deswegen haben sich Regierungen mit dem internationalen Pariser Abkommen 2015 dazu verpflichtet, den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf 2°C, gegenüber vorindustriellen Zeiten, einzudämmen. Seit der Industrialisierung ist die Erde bereits um ein Grad wärmer geworden. Aktuellen Forschungsergebnissen zufolge wird schon ein Temperaturanstieg von durchschnittlich zwei Grad eine Kettenreaktion auslösen, die das Leben auf der Erde gravierend verändern wird.

Trotz der Bekenntnisse auf internationalen Klimakonferenzen, liegt die Prognose der Erderwärmung bis 2100 bei vier oder fünf Grad. Bei einem derartigen Temperaturanstieg werden Regionen um den Äquator aufgrund der Hitze vollkommen unbewohnbar. Teile Europas werden entweder durch das Schmelzen der Pole und den Anstieg des Meeresspiegels unter Wasser stehen oder tagsüber unerträglich heiß sein. Immer mehr fruchtbares Ackerland wird zur Wüste, Wasser und Nahrung werden immer knapper. Diese Horrorszenerien sind keine Science-Fiction, die heutige Jugend könnte sie erleben, wenn nicht radikal gegengesteuert wird.

Kapitalismus bringt Klimawandel

Die Ursachen dieser Krise hängen unmittelbar mit der kapitalistischen Wirtschaft selbst zusammen: Wachstum und Steigerung der Profite um jeden Preis unter dem Druck der Konkurrenz. Für Kosten, die



Wir müssen das System ändern, um dem Klimawandel zu bekämpfen!

nicht mit Geld erfassbar sind und für das Einberechnen von Langzeitfolgen ist da kein Platz. Selbst wenn Regierungen und KapitalistInnen über die Folgen ihres Handelns im Klaren sind, sind die Quartalszahlen der Öl- und Autoindustrie wichtiger.

Diejenigen die davon profitieren sind KapitalistInnen und die reichsten Teile der Weltbevölkerung. Unter den Auswirkungen leiden besonders die ärmeren Menschen und die ohnehin schon armen Regionen auf der Welt. Die Reichen werden es sich leisten können, den Folgen des Klimawandels weitgehend zu entkommen.

Lage in Österreich

Was setzen die PolitikerInnen in Österreich dem steigenden CO²-Ausstoß entgegen? Umweltministerin Elisabeth Köstinger ist gegen Strafen für Unternehmen, die sich nicht an Umweltgesetze halten. Die Regierung schafft die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Großprojekten de facto ab, fördert weiterhin den besonders klimaschädlichen Diesel und Kerosin mit einer Milliarde Euro. Am Flughafen Wien wird eine dritte Piste gebaut, um den Flugverkehr zu steigern.

Verkehrsminister Hofer führt streckenwei-

se Tempo 140 ein, was zwar kaum Zeiterparnis bringt, aber den Feinstaubausstoß um 20% und den CO²-Ausstoß um 10% steigen lässt. In Wien sieht es nicht besser aus. Der Bau des Lobau-Tunnels wird noch mehr Verkehr bringen, die kühlende und CO²-verarbeitende Umwelt zurückdrängen und die unökologische Zersiedelung vorantreiben.

Radikale Veränderung

Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen wir unser Zusammenleben verändern. Die Produktion muss für die Bedürfnisse aller Menschen organisiert werden, nicht für die Profite einiger weniger. Individualverkehr muss reduziert, öffentlicher Verkehr auch in weniger dicht besiedelten Gegenden ausgebaut werden. Arbeitsplätze, Wohnort, Schulen und Spitäler müssen näher zusammenliegen, öffentlicher Raum und Stadtentwicklung geplant werden.

Im Kapitalismus wird das alles nicht umsetzbar sein, denn der lebt schließlich von seinen Profiten, von Ausbeutung und davon, die Arbeitenden gegeneinander auszuspielen. Nur gemeinsam können wir Arbeitenden eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft erkämpfen und die Wirtschaft selbst führen.

15.000 € für „Wien Kliniken“

Der KAV hat 15.000 Euro ausgegeben, um den neuen originellen Namen „Wien Kliniken“ zu finden. Nach einem komplizierten Verfahren durften die MitarbeiterInnen zwischen drei Möglichkeiten abstimmen. Der KAV stellt sich damit demokratisch dar, in Wirklichkeit dürfen die MitarbeiterInnen jedoch nur an Pseudoabstimmungen teilnehmen. Bei wichtigen Fragen wird im stillen Kämmerchen entschieden und erst danach informiert. Dabei sind wir es, die tagtäglich sehen was schief läuft und wo es Veränderungen braucht.

Faktencheck Youunion

Wie steht die Gewerkschaft zur Besoldungsreform? Die Hauptgruppe 2 lobt sich im Magazin „Für Dich“ dafür, mit der Besoldungsreform einen „Meilenstein“ ausgehandelt zu haben, der „transparent, fair und modern“ wäre. Tatsächlich kann niemand das neue Gehaltssystem erklären, das ist auch das Fazit der Arbeiterkammer. Ausgehandelt wurde das neue Schema nur durch einen kleinen Kreis von Gewerkschaftsspitzen, was auch innerhalb der Youunion zu Kritik führte. Von Transparenz ist hier nicht zu reden. Laut HG2 wurde der Nachbesetzungsstopp abgewehrt. Bitte sagt das den KollegInnen, deren Anstellung deshalb monatelang verzögert wurde.

Was wurde aus der Abgeltung des mitverantwortlichen Tätigkeitsbereichs? Im Herbst 2015 haben hunderte KollegInnen mit der CARE REVOLUTION WIEN für mehr Lohn und Personal demonstriert. Die HG2 hat in Betriebsversammlungen Verhandlungen angekündigt, aber aufgerufen für die Zeit der Verhandlungen von den Protesten abzusehen. Bis heute wurde kein Ergebnis ausverhandelt. Vergessen wurde angeblich nicht darauf, die HG2 arbeitet aber „an vielen weiteren Baustellen“. Selbstkritik ist offensichtlich nicht zu erwarten. Für die Zukunft können wir uns merken: Zusagen, dass unsere Anliegen „eh nicht vergessen“ werden, sind nicht mehr als heiße Luft. Auch während Verhandlungen braucht es Proteste, um ein gutes Ergebnis erreichen zu können

Care about people, not about numbers! Vortrag, Diskussion und Workshop mit Tove Soiland (Zürich)

Zeitdruck.

Verknappung der Ressourcen.

Sinnlose und praxisferne Zahlenspiele.

Diese und viele weitere Symptome der Verbetriebswirtschaftlichung der letzten Jahrzehnte prägen zunehmend den Arbeitsalltag von Care-ArbeiterInnen.

Im Zuge dieser Umstrukturierung sämtlicher Care-Bereiche wird das Angebot einer Professionalisierung gemacht. Dieses soll das Berufsfeld auch vom Stigma des typischen Frauenberufs befreien. Dabei kommt eine Fabriklogik zum Einsatz, die für den Care-Bereich völlig ungeeignet ist. Darunter leiden nicht nur die Care-ArbeiterInnen sondern auch jene, für die sie Sorge tragen.

Standardisierungen, Effizienzorientierung und Outcome-Orientierung zielen am eigentlichen Kern von Care-Arbeit vorbei. So kommt es sogar zu einer Entprofessionalisierung, indem das angeblich auf reiner Intuition gegründete praktische Wissen der Care-Arbeitenden keinen Platz mehr hat.

Im Vortrag von Tove Soiland und der anschließenden Diskussion wollen wir uns mit dieser fragwürdigen Art der Ökonomisierung und ihren Auswirkungen auf uns und unsere Arbeit auseinandersetzen. Darüber hinaus wollen wir uns mit möglichen Strategien und Praxen beschäftigen, die verhindern, dass Care-Arbeit zu einem Produkt wird.

Freitag, 12. Oktober 2018, 18:00 Uhr Vortrag

Samstag, 13. Oktober 2018, 10:00-14:00 Uhr Workshop

FH Campus Wien, Favoritenstraße 226, 1100, Wien.

Um Anmeldung zum Workshop unter carerevolution@gmx.at wird gebeten.

und damit unsere Anliegen nicht in Vergessenheit geraten. Wenn wir wollen, dass sich etwas ändert, müssen wir es selbst in die Hand nehmen.

Pflegestreik Neuseeland

Unter dem Motto „Be fair to those who care“ (Seid fair zu denen, die sich kümmern) beteiligten sich über 30.000 PflegerInnen in Neuseeland an einem landesweiten Streik, und das in einem Land mit gerade einmal 4,7 Millionen EinwohnerInnen. Die Motivation für den Streik: Überarbeitung und Burnout durch Personalmangel sowie unsichere Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit von Arbeitenden und PatientInnen gefährden.

KH Nord Heuchelei

Die Oppositionsparteien im Wiener Gemeinderat kritisieren täglich Misswirtschaft und Verschwendung von Steuer-

geld im Krankenhaus Nord. Dabei sind das selbst die Parteien, die für Privatisierungen im Gesundheitsbereich und Kürzungen von sozialen Leistungen stehen. Ihre Kritik ist pure Heuchelei.

Das Geld, das verschwendet wird, müsste in Personal, gute Löhne und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau investiert werden.

AUVA: Geschenk an die Firmen

Die Reform der AUVA ist einzig eine Beitragsersparnis für die Unternehmen – auf Kosten der Sozialversicherten. Für die Firmen sollen die Beiträge von 1,3 auf 0,8 Prozent gesenkt werden. Bei den Arbeitenden und Versicherten kommt davon nichts an. Im Gegenteil: Hunderte Millionen werden von der AUVA zu anderen Sozialversicherungsträgern verschoben. Es ist zu erwarten, dass bei nächster Gelegenheit dort Leistungskürzungen drohen.

Der Klartext soll Sprachrohr der Beschäftigten sein und der Information und Vernetzung dienen. Mach mit und nimm Kontakt auf.

[fb.com/klartextkav](https://www.facebook.com/klartextkav) // www.sozialismus.net

Wir sind erreichbar unter klartext@sozialismus.net